

LUXEMBURG

Lukrativ und ohne Risiko

Es mag zwar kaum eineR bezeugen, doch Menschenhandel gibt es auch in Luxemburg. Fehlende Beweise führen dazu, dass die Täter unbehelligt bleiben.



Was in ihren *Séparées* geschieht, kann die Polizei oft nur vermuten. Kameras und merkwürdige Gesetze erschweren effektive Razzien.

(Fotos: Ines Kurschat)

Eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Mitarbeiterinnen des Frauenministeriums und der "Fondation Maison de la porte ouverte" arbeitet zurzeit im Rahmen des Daphné-Projekts an einer Broschüre zum Thema Menschenhandel. Diese richtet sich in erster Linie an jene, die beruflich mit dem Thema zu tun haben und rechtliche Informationen sowie AnsprechpartnerInnen benötigen.

Wer sich zudem genauer über die Probleme der (deutschen) Strafverfolgung informieren will, dem sei das Buch "Probleme der Strafverfolgung und des Zeuginnenschutzes in Menschenhandelsprozessen" von Solwodi e.V. empfohlen. ISBN 3-8311-4190-8

Ein längerer Artikel zum europäischen Menschenhandel, wengleich mit zweifelhafter "Kundenanalyse", steht im Forum Nr. 220.

Sie stammen aus osteuropäischen Ländern wie der Ukraine, Weißrussland, Bosnien, Russland oder Polen: Sexarbeiterinnen, die in sogenannten Cabarets im Bahnhofsviertel und anderswo die Wünsche ihrer Kunden befriedigen. Nach (voyeuristischer) Unterhaltung, denn zumindest offiziell arbeiten die Frauen als "Artistinnen": Sie tanzen, ziehen sich aus und animieren ihre Kundschaft dazu, teuren Champagner zu trinken. Ihren Aufenthalt in Luxemburg regelt ein Visum- und ein Arbeitsvertrag mit einem der über 60 Cabarets im Land. Sechs Monate im Jahr dürfen sie laut Gesetz bleiben und zumindest auf dem Papier steht ihnen ein Mindestlohn von rund 62 Euro (2.500 LUF) täglich zu, den sie bei Abflug am Findel nachweisen müssen. Klare, kontrollierbare Regeln, wie es scheint. Ist Menschenhandel hierzulande also kein Thema?

"Luxemburg ist keine Insel", hatte Marie-Anne Rodesch-Hengesch auf einer Pressekonferenz Anfang Oktober betont. Auch wenn bislang nicht ein einziger Menschenhandelsprozess vor luxemburgischen Gerichten verhandelt wurde - zur Entwarnung sieht die Direktorin der "Fondation Maison de la porte ouverte" keinen Grund. Sie ist sich sicher: Menschenhandel, Zwangsprostitution und Zuhälterei gibt es auch im Großherzogtum.

Tatsächlich spricht einiges dafür, dass es in vielen Etablissemments keinesfalls nur

darum geht, Sekt zu verkaufen und zu posieren. "Treppenputzen" lautet der Euphemismus der Frauen für jene Kabarets, in deren *Séparées* Männer ihre sexuellen Wünsche erfüllt bekommen. Wie viele Einrichtungen es gibt, die somit den verbotenen Tatbestand der Förderung von Prostitution erfüllen, die quasi als Bordelle fungieren, weiß Rodesch nicht. Aufgrund von Gesprächen mit Betroffenen, die in den vergangenen Jahren in den Schutzhäusern ihrer Organisation Unterschlupf gesucht haben, geht sie aber davon aus, dass es "einige" sind.

Mit Menschenhandel und Zwangsprostitution haben diese Fakten allerdings nicht zwangsläufig etwas zu tun. Artikel 379 bis des Gesetzes vom 31. Mai 1999 definiert den "traite des êtres humains" wie folgt: "Quiconque, pour satisfaire les passions d'autrui, aura embauché, entraîné ou détourné, même avec son consentement, une autre personne en vue de la prostitution ou de la débauche, soit sur le territoire du Grand-Duché, soit dans un pays étranger". Das Strafmaß beträgt ein bis drei Jahre Haft und eine Geldstrafe in Höhe von 251 bis 50.000 Euro. Übt ein Menschenhändler zusätzlich Gewalt aus und nutzt die Hilflosigkeit des Opfers wesentlich aus, macht er sich des schweren Menschenhandels schuldig, der mit ein bis fünf Jahren Knast bestraft wird. Wie viele Sexarbeiterinnen jährlich illegal nach

Luxemburg kommen, von skrupellosen Menschenhändlern unter Vorspiegelung falscher Tatsachen für ein paar Tausender an Zuhälter verkauft, ins Ausland geschleust und dann zur Prostitution gezwungen werden, darüber gibt es keine Statistik. Im Nachbarland Deutschland werden laut Bundeskriminalamt jährlich rund 800 Opfer von Menschenhandel polizeilich bekannt, Tendenz steigend.

Via Luxair ins Cabaret

In Luxemburg finde Menschenhandel nicht in dieser Form statt und das Phänomen nehme auch nicht zu, heißt es derweil aus hiesigen Polizeikreisen. Die BeamtInnen gehen vielmehr davon aus, dass der weit überwiegende Teil der ausländischen Frauen im Rotlichtmilieu statt durch kriminelle Schleuser über den gesetzlich vorgeschriebenen Weg ins Großherzogtum gelangen: Landung auf dem Findel, Gang zum Arbeitgeber, der wiederum die Frau beim Justizministerium anmeldet und dort deren Pass bis auf weiteres hinterlegt, Abflug binnen Frist zurück ins Heimatland. Das wirksam zu kontrollieren, erweist sich aber als schwierig, wie die Polizei selbst einräumt. Ob die Frauen tatsächlich im Heimatland ankommen, ob sie dort nicht wieder von organisierten Zuhältern in Empfang genommen werden und ihr schwer verdientes Geld abgenommen bekommen, wissen die BeamtInnen nicht. Auch über die

Vorgeschichte erfahren sie nur selten etwas. Denkbar ist zum Beispiel, dass eine Frau für eine Tänzerinnentätigkeit von einem Händler angeworben wird, der sie mit neuer Kleidung und entsprechenden Papieren versorgt. Diese ersten Ausgaben und kompromittierende Fotos von der Frau in eindeutigen Situationen, oft unter Einfluss von Drogen geschossen, können bereits eine fatale Abhängigkeit begründen. Die Frau nimmt den erpresserischen Deal an, um die Schulden zu bezahlen, fliegt als Artistin nach Luxemburg - um dort zu erfahren, dass sie sich prostituieren soll. Menschenhandel ohne Gewalt und dazu (fast) legal.

Russische und polnische Frauen, die um ihre Einnahmen von Zuhältern betrogen



Leuchtreklamen wie diese findet man(n) im Luxemburger Bahnhofsviertel zuhauf.

und ohne die benötigten Papiere von der hiesigen Polizei aufgegriffen wurden, illegale Prostituierte, die luxemburgischen Sozialarbeiterinnen wiederholt von dubiosen Einreisewegen berichten, zeigen, dass auch für klassische Schleuser lukrative Schlupflöcher ins Großherzogtum bestehen. Diese fliegen nur dann auf, wenn die Polizei die Täter - gezielt oder zufällig - kontrolliert, oder wenn Zeugen gegen die Händler aussagen, was aber kaum geschieht.

"Wer anzeigen und aussagen will, braucht viel Mut", sagt Lea Ackermann von Solidarity with Women in Distress (Solwodi). Die deutsche Organisation ist eine der drei NGOs, die beim europäischen Daphné-Projekt "Schutz, Beratung und Betreuung von Gewaltopfern und Opferzeuginnen bei Menschenhandel" mitgewirkt haben, und hat sich auf den Zeuginnenschutz spezialisiert. Die geringe Aussagebereitschaft von Betroffenen führt die Solwodi-Vorsitzende auf verschiedene Ursachen zurück. Die Frauen haben meist Angst vor Abschiebungen, sind auf Grund negativer Erfahrungen in ihrem Heimatland misstrauisch gegenüber den Behörden, und sie werden häufig massiv von den Zuhältern bedroht und misshandelt. Oft werden auch noch Familienmitglieder in den Heimatländern bedroht. Angebliche Schulden gegenüber dem Schleuser und/oder dem Zuhälter sowie Scham vor den Angehörigen, die häufig nicht wissen, auf welche Weise die Frauen ihr Geld wirklich verdienen, kommen hinzu.

"Zwischen vielen Frauen und Tätern gibt es so etwas wie eine unheilige Allianz", erklärt Ackermann. Ausländische Prostituierte hätten oft kein Interesse daran, mit der Polizei oder der Justiz zusammenzuarbeiten, zu groß sei die Angst vor dem Zuhälter und der Rückkehr in die Heimat. Dort erwartet die Frauen oftmals nicht nur die Stigmatisierung durch die Familie, sondern zudem ein Leben in großer Armut. Denn der Alltag in den so genannten Transformationsländern Mittel- und Osteuropas ist durch eine hohe Arbeitslosigkeit, sinkende Pro-Kopf-Einkommen und massive Staatsverschuldung geprägt. Nur so ist auch zu erklären, was auf den ersten Blick verblüffen mag: dass einmal befreite Frauen trotz erlebter Gewalt und Abschiebung wieder in alte Milieus, häufig sogar zum gleichen Zuhälter, zurückkehren. Und dass, mit verschärften EU-Asyl- und Einwanderungsgesetzen, immer mehr Frauen das Risiko der illegalen Einwanderung wagen und sich in die Abhängigkeit von Schleppern und Menschenhändlern begeben.

Die Angst- und Armutsfalle

"Ich habe noch nie eine Frau gehabt, der es zu Hause gut gegangen und die aus purer Abenteuerlust als Prostituierte in den Westen gekommen ist", betont Barbara Filepak von der Hurenself-

Die Ware Frau

Menschenhändler, die Frauen für ein paar Tausender an ausländische Bordelle und Zuhälter verkaufen und zur Prostitution zwingen, sind international auf dem Vormarsch. Die Aufdeckung und Strafverfolgung dieser unmenschlichen Verbrechen, in Luxemburg und anderswo, gestaltet sich jedoch als äußerst schwierig.

hilfe e.V. Saarbrücken. Die Frage nach der Freiwilligkeit, von Polizei und Justiz häufig hervorgehoben, bekommt vor dem Hintergrund struktureller Zwänge, emotionaler und finanzieller Abhängigkeiten sowie fehlender Alternativen eine neue Dimension. Da überrascht es wenig, dass sich kaum Zeuginnen finden lassen, die bereit sind, gegen

mutmaßliche Menschenhändler auszusagen - die sich in der Regel über Grenzen hinweg organisieren, manchmal über gute Kontakte zu korrupten Helfershelfern bei der Polizei verfügen und ihre Opfer noch Jahre später bis in ihr Heimatland verfolgen können. Wenn dann auch noch, wie zurzeit in Luxemburg, kein Zeugenschutzprogramm

existiert, schwinden alle Chancen, die dringend benötigten Beweise zu bekommen. Der Justizminister kann zwar nach eigenem Ermessen möglichen ausländischen Zeuginnen für die Gerichtsverhandlung den Aufenthalt bewilligen, aber von Polizei und NGOs seit Jahren geforderte, wichtige Schutzmaßnahmen wie die Sicherung der persönlichen Daten vor Ausspähung und Weitergabe, anonymisierte Aussagen im Ermittlungsverfahren oder die vorübergehende Ausstattung mit einer neuen Identität - in den Nachbarländern längst Realität - sind bislang nicht vorgesehen. Bisher hat denn auch noch keine Zeugin in einem Menschenhandelsprozess ausgesagt, obwohl es Ermittlungen in diese Richtung in Luxemburg gegeben hat. Die Zeuginnen waren aber am Tag der Vernehmung spurlos verschwunden. Immerhin: Auf Nachfrage heißt es aus dem Ministerium, man arbeite an einem entspre-

chenden Gesetzestext. Offensichtlich tragen verstärkte Bemühungen im Kampf gegen den Menschenhandel auf internationaler und europäischer Ebene dazu bei, dass endlich auch hierzulande überfällige rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Doch auch wenn professionelle Schutzprogramme hierzulande bald möglich sein könnten, es gibt noch weitere juristische Hindernisse, welche die polizeiliche Ermittlungsarbeit erschweren. Razzien durchzuführen gestaltet sich hierzulande als äußerst schwierig. Das liegt einerseits sicherlich daran, dass installierte Kameras und Türwächter verdächtige CabaretbesitzerInnen vorwarnen. Szenebekannte Polizisten, die seit Jahren auf immer gleichen Plätzen eingesetzt werden, tun ein Übriges. Noch mehr Kopferbrechen allerdings bereitet den Behörden ein Urteil, das im Februar vergangenen

Jahres ergangen ist. Darin wurden Razzien, welche die Staatsanwaltschaft bei einer der Zuhälterei höchst verdächtigen Barbetreiberin veranlasst hatte, im Nachhinein als unrechtmäßig erklärt. Die diensthabenden PolizeibeamtInnen hätten in einem Bericht zunächst detailliert all jene Beweise aufzuführen müssen, die eine solche Durchsuchung gerechtfertigt hätten, urteilten die eifrigen Richter unter Berufung auf entsprechende Gesetze aus dem Jahr 1791 und 1935 (sic!). Bleibt die Frage, wofür eine Razzia gut sein soll, wenn doch sämtliche Beweise schon vorliegen ... Insider berichten nun, das Urteil habe Spuren bei der Motivation der Polizei hinterlassen: Ausgerechnet die für die Strafverfolgung von Menschenhandel und Zwangsprostitution so wichtigen Razzien fänden immer seltener statt.

Gelöst ist das Problem des Menschenhandels freilich

auch durch eine dichtere Polizeikontrolle und effektivere Strafverfolgung nicht. So lange der Europäische Rat in erster Linie Schleusernetze und die organisierte Kriminalität für das Phänomen verantwortlich macht, so lange die Einwanderungspolitik unhinterfragt bleibt und die Festung Europa weiter abgeschottet wird und so lange es in der eigenen Heimat keine Perspektiven für ein akzeptables Leben gibt, werden Menschen weiterhin den illegalen und gefährlichen Weg in den vermeintlichen Wohlstand suchen. Und sie kommen auch nach Luxemburg.

Ines Kurschat

POLIZEIRAZZIA IN BOSNIEN

Tropfen auf den Stein

An dem Geschäft mit Frauen und Sex verdienen viele. Korrupte Beamte sind ein Grund, warum der internationale Kampf gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution so schwierig ist.

Celhia de Lavarène ist sauer. "Merde", schimpft die französische Leiterin der in Bosnien stationierten internationalen Polizeisondereinheit STOP (UN Special Trafficking Operation Project). Schon wieder sind sie und ihre Beamten zu spät gekommen: Nicht den Besitzer des "Eros", eines rund 30 Kilometer von der bosnischen Hauptstadt Sarajevo entfernt gelegenen Nachtclubs und Bordells, haben sie angetroffen, sondern eine Hand voll männlicher Gäste - sowie 17 Frauen, die in dem schick hergerichteten Etablissement als Prostituierte arbeiten.

"Irgendjemand plaudert immer etwas aus", ärgert sich de Lavarène über die vertane Chance, wenigstens einen der Profiteure von Frauenhandel und illegaler Prostitution in Bosnien zu ergreifen. Geschützt von einem Dutzend vom Innenministerium gestellter Spezialpolizisten in schwarzen Sturmhauben, stehen sie und ihre Beamten um die Rumäninnen, Moldawierinnen und Ukrainerinnen herum.

Ob die Frauen freiwillig hier sind oder zur Prostitution gezwungen wurden, lässt sich in dieser Nacht nicht mehr eruieren. Erst am nächsten Tag, in einer Anfang des Jahres in Sarajevo speziell für die Anhörungen geschaffenen Unterkunft, werden rund zwei Dutzend deutsche, französische und irische Polizisten die Frauen befragen, wie sie in das Bordell gelangt sind. Aussagen machen, das hat sich nach einem Jahr STOP-Programm und fast 2.000 Interviews gezeigt, werden die wenigsten. Warum auch? Die bosnische Justiz betrachtet Frauenhandel immer noch als Kavaliärsdelikt, erst im Juli wurde in Vitez ein Fall bekannt, wo der Staatsanwalt

dem Besitzer eines Bordells Straffreiheit zugesichert hatte - im Gegenzug erhielt der Ankläger freie Verfügungsgewalt über die zur Prostitution gezwungenen Frauen. Von den 56 Barbesitzern, die im letzten Jahr in Bosnien verurteilt wurden, sitzen lediglich fünf tatsächlich hinter Gittern.

"Wenn die Justiz ihre Arbeit nicht macht, dann müssen wir eben doppelt so viel arbeiten", erklärt deshalb Lavarène, die seit einem Jahr das UN-Sonderprogramm STOP zur Ergreifung von Verantwortlichen für Frauenhandel und illegale Prostitution leitet. Nur 50 Beamte der 1.600 Mann starken internationalen UNO-Polizeitruppe IPTF stehen ihr für die kräftezehrenden Razzien in Bordellen und Nachtclubs zur Verfügung. Weitere 150 bosnische Polizisten komplettieren die neun Teams, die fast jede Nacht irgendwo in Bosnien unterwegs sind.

200 Bars und Clubs wurden so in den vergangenen zwölf Monaten durchsucht, immerhin 182 Frauen konnte die Rückkehr in ihre Herkunftsländer ermöglicht werden. Angesichts ständig neuer Tricks der Schlepper, Rumäninnen, Ukrainerinnen und Moldawierinnen nach Bosnien zu schleusen, ist das allerdings nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Dass die Barbetreiber jährlich weiterhin Millionen mit den verschleppten Frauen scheffeln, kann die Einheit allein nicht verhindern.

Die Erfolge sind auch deshalb mäßig, weil bosnische Beamte die Bordellbesitzer immer wieder gegen Aufbesserung ihres schmalen Gehalts vorab von geplanten Zugriffen informieren. Solch augenzwinkernde Kumpanei hat dazu geführt, dass das State Department in Washington

Bosnien im Juni in die Kategorie "Tier 3" jener Länder einordnete, in denen die Regierungen "sich weigern, das Problem des Frauenhandels zur Kenntnis zu nehmen". Sollte die Exekutive in Sarajevo bis zum nächsten Frühjahr keine überzeugenden Anstrengungen unternehmen, die Missstände zu beheben, droht ihr der Entzug von Entwicklungshilfegeldern in Höhe von mehreren Millionen US-Dollar.

Nicht nur aus diesem Grund können de Lavarène und ihre Beamten kaum verstehen, weshalb die Europäische Union das bislang von der UNO betreute STOP-Programm zum Jahresende ein-

stellen will. Ab Januar 2003 übernimmt die EU mit nur noch 600 Mann die um zwei Drittel gestutzte internationale Polizeitruppe IPTF - die Arbeit der STOP-Sondereinheit soll dann vornehmlich Sache der lokalen Polizei sein und ansonsten in den Rest der IPTF-Tätigkeiten integriert werden. Ein Zustand, den selbst die STOP-Kritikerin Azra Hasanbegovic, Vorsitzende der bosnischen Frauenorganisation Zena BiH, nicht akzeptieren kann. "Auch wenn Nichtregierungsorganisationen bei der Betreuung der aus den Bordellen befreiten Frauen sicherlich bessere Arbeit geleistet hätten als STOP, ist das Projekt wichtig für Bosnien. Schließlich ist es die einzige Einheit, die aktiv gegen Frauenhandel vorgeht."

Warum in Brüssel bis heute keiner auf das Flehen de Lavarènes gehört hat, die Einheit zu erhalten, ist noch aus einem anderen Grund unver-

ständig. Denn erst Ende Juli hatte ein Bericht des UN-Kinderhilfswerkes Unicef, der UN-Flüchtlingsbehörde UNHCR und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE) ein schlechtes Licht auf die Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft geworfen, dem Geschäftemachen mit dem Sex entschieden entgegenzutreten. Jeder zweite Bordellbesucher in Bosnien ist demnach ein Ausländer - in der Regel sind es Angehörige der Natogeführten Sfor-Einheiten, die die Dienste der oftmals zur Prostitution gezwungenen Frauen in Anspruch nehmen.

Markus Bickel

Markus Bickel ist freier Journalist und lebt zurzeit in Sarajevo.



Die Artistinnen in Luxemburgs Cabarets kommen vor allem aus Mittel- und Osteuropa.